

MARKE UND GESELLSCHAFT

2

„Wohlstand für Alle.
Der rote Faden.“



MARKENVERBAND

Markenverband e. V. | Unter den Linden 42 | D- 10117 Berlin
Telefon +49 (0)30 20 61 68 0 | Fax +49 (0)30 20 61 68 777 | www.markenverband.de

Prof. Dr. Ludwig Erhard
Bundeswirtschaftsminister (1949 - 1963)
Bundeskanzler (1963 - 1966)



Prof. Dr. Ludwig Erhard

Bundeswirtschaftsminister (1949 - 1963)

Bundeskanzler (1963 - 1966)

Den Auszug aus „Wohlstand für Alle“ präsentieren wir
mit freundlicher Genehmigung der Ludwig-Erhard-Stiftung.

Sehr geehrte Damen und Herren,

„Konsumfreiheit und die Freiheit der wirtschaftlichen Betätigung müssen in dem Bewusstsein jedes Staatsbürgers als unantastbare Grundrechte empfunden werden. Gegen sie zu verstoßen, sollte als ein Attentat auf unsere Gesellschaftsordnung geahndet werden. Demokratie und freie Wirtschaft gehören logisch ebenso zusammen wie Diktatur und Staatswirtschaft“.

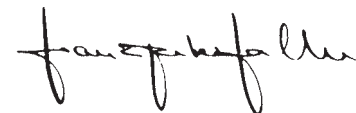
So schreibt es Ludwig Erhard eindrücklich in seiner Programmschrift **Wohlstand für Alle..**, die lesenswert ist, auch und gerade anlässlich der Jahrestagung des Markenverbands am 27. und 28. Mai 2009 im ehemaligen DDR-Staatsratsgebäude zu Berlin.

Zeit und Ort sind gut gewählt. Fast auf den Tag vor 60 Jahren, am 23. Mai 1949, trat das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft. Ein verlässlicher Wegweiser, der ohne direkten Hinweis auf die „Soziale Marktwirtschaft“ auskommt, aber ohne sie nicht zu denken ist. Ein klares Regelwerk, das im Westen politische und wirtschaftliche Freiheit gesichert hat. Ein wegweisendes Dokument, auch für die friedliche Revolution und die deutsche Einheit vor rund 20 Jahren.

Und noch dazu das Staatsratsgebäude. Ein Gebäude, das in der Architektur des SED-Systems buchstäblich und im übertragenden Sinn seine Rolle hatte. Ein Gebäude, in dem gestern die „Staatswirtschaft“ angeleitet wurde und in dem heute die renommierte „European School of Management and Technology“ für Wirtschaft und Politik von morgen ausbildet.

Es ist Freude und Privileg des Markenverbands, im Jahr 60 des Grundgesetzes und im Jahr 20 der deutschen Einheit ausgewählte Kerngedanken eines „Klassikers“ im Rahmen seiner Publikationsreihe **„Marke und Gesellschaft“** präsentieren zu können. Gedanken, die unverändert aktuell sind und auch angesichts gegenwärtiger Herausforderungen der Wirtschaftspolitik grundlegende Orientierung geben.

Seit über 100 Jahren wirbt der Markenverband unermüdlich für Markt, Wettbewerb und mündige Verbraucher. Seit 60 Jahren setzt er sich konsequent dafür ein, die gesellschaftspolitischen Annahmen, wirtschaftspolitischen Leitlinien und sozialpolitischen Anliegen der „Sozialen Marktwirtschaft“ mit vollem Leben zu füllen. Diese gute Tradition aufrecht zu erhalten, bleibt uns Auftrag und Wunsch zugleich.



Franz-Peter Falke
Präsident des Markenverbandes

WOHLSTAND DURCH WETTBEWERB

(...)

Das erfolgversprechendste Mittel zur Erreichung und Sicherung jeden Wohlstandes ist der Wettbewerb. Er allein führt dazu, den wirtschaftlichen Fortschritt allen Menschen, im besonderen in ihrer Funktion als Verbraucher, zugute kommen zu lassen, und alle Vorteile, die nicht unmittelbar aus höherer Leistung resultieren, zur Auflösung zu bringen.

Auf dem Wege über den Wettbewerb wird - im besten Sinne des Wortes - eine Sozialisierung des Fortschritts und des Gewinns bewirkt und dazu noch das persönliche Leistungsstreben wachgehalten. Immanenter Bestandteil der Überzeugung, auf solche Art den Wohlstand am besten mehren zu können, ist das Verlangen, allen arbeitenden Menschen nach Maßgabe der fortschreitenden Produktivität auch einen ständig wachsenden Lohn zukommen zu lassen. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen wichtige Voraussetzungen erfüllt werden.

Wir dürfen über dem sich ausweitenden Konsum die Mehrung der Produktivität der Wirtschaft nicht vergessen. Dabei lag am Anfang dieser Wirtschaftspolitik das Schwergewicht auf der Expansion der Wirtschaft, um zunächst einmal das Güterangebot überhaupt steigern und auch auf diesem Wege dem Wettbewerb laufend Auftrieb zu geben. Vor allem galt es, der wachsenden Zahl von Arbeitsuchenden Beschäftigungsmöglichkeiten zu eröffnen.

KONJUNKTUR- ZYKLUS ÜBERWUNDEN

Diese zwingenden Notwendigkeiten verlangen aber auch danach, das alte und bisher für unumstößlich gehaltene Gesetz von dem konjunkturzyklischen Ablauf des wirtschaftlichen Geschehens zu überwinden. Man glaubte bekanntlich, daß sich die Wirtschaft in rhythmischen Wellen fortentwickle. Sieben Jahre sollten dabei etwa den Zeitabschnitt darstellen, in dem sich Aufschwung, Hochkonjunktur, Niedergang und Krise vollenden, bis sich aus ihr wieder die heilenden Kräfte zum positiven Ansatz für den nächsten Zyklus entzünden. In den nun fast neun Jahren aber, in denen ich die Verantwortung für die deutsche Wirtschaftspolitik trage, ist es immerhin gelungen, diesen starren Rhythmus zu sprengen und über einen kontinuierlichen Aufstieg der Wirtschaft die Koppelung von voller Beschäftigung und Mengenkonjunktur zu erreichen.

In Anbetracht dieser Entwicklung sind wohl auch mein Streben und meine Hoffnung verständlich, daß es der Wirtschaftspolitik und der Wirtschaftstheorie gelingen möge, zur Bewältigung dieses Problems systematische Lösungen zu finden. Alle dahin zielenden Bemühungen werden allerdings nur von Erfolg gekrönt sein können, wenn und solange der Wettbewerb nicht durch künstliche oder rechtliche Manipulationen behindert oder gar ausgeschaltet wird.

Die Gefahr einer Beeinträchtigung des Wettbewerbs droht sozusagen ständig und von den verschiedensten Seiten her. Es ist darum eine der wichtigsten Aufgaben des auf einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung beruhenden Staates, die Erhaltung des freien Wettbewerbs sicherzustellen. Es bedeutet wirklich keine Übertreibung, wenn ich behaupte, daß ein auf Verbot gegründetes Kartellgesetz als das unentbehrliche „wirtschaftliche Grundgesetz“ zu gelten hat. Versagt der Staat auf diesem Felde, dann ist es auch bald um die „Soziale Marktwirtschaft“ geschehen. Dieses hier verkündete Prinzip zwingt dazu, keinem Staatsbürger die Macht einzuräumen, die individuelle Freiheit unterdrücken oder sie namens einer falsch verstandenen Freiheit einschränken zu dürfen. „Wohlstand für alle“ und „Wohlstand durch Wettbewerb“ gehören untrennbar zusammen; das erste Postulat kennzeichnet das Ziel, das zweite den Weg, der zu diesem Ziel führt.

Diese wenigen Andeutungen zeigen bereits den fundamentalen Unterschied zwischen der Sozialen Marktwirtschaft und der liberalistischen Wirtschaft alter Prägung. Unternehmer, die unter Hinweis auf neuzeitliche wirtschaftliche Entwicklungstendenzen Kartelle fordern zu können glauben, stellen sich mit jenen Sozialdemokraten auf eine geistige Ebene, die aus der Automation auf die Notwendigkeit einer staatlichen Planwirtschaft schließen. Diese Überlegung macht wohl auch deutlich, wie ungleich nützlicher es mir erscheint, die Wohlstandsmehrung durch die Expansion zu vollziehen als Wohlstand aus einem unfruchtbaren Streit über eine andere Verteilung des Sozialproduktes erhoffen zu wollen. (...).

Es ist sehr viel leichter, jedem einzelnen aus einem immer größer werdenden Kuchen ein größeres Stück zu gewähren als einen Gewinn aus einer Auseinandersetzung um die Verteilung eines kleinen Kuchens ziehen zu wollen, weil auf solche Weise jeder Vorteil mit einem Nachteil bezahlt werden muß.

WETTBEWERB CONTRA EGOISMUS

Man mag mich manches Mal gescholten haben, weil mir für diese sterile Denkweise jedes Verständnis fehlte. Der Erfolg hat mir recht gegeben. Die deutsche Wirtschaftspolitik hat dahin geführt, daß der Ertrag, den alle aus der Wirtschaft ziehen, ohne jede Unterbrechung von Jahr zu Jahr angestiegen ist. (...) Selbst die revolutionärste Umgestaltung unserer Gesellschaftsordnung hätte es niemals vermocht, den privaten Verbrauch dieser oder jener Gruppe auch nur um Bruchteile der tatsächlich erreichten Steigerung zu erhöhen; denn gerade ein solcher Versuch hätte zu einer Lähmung und Stagnation der Volkswirtschaft geführt.

Diese Skepsis gegenüber allen Streitigkeiten über die „gerechte“ Verteilung des Sozialprodukts erwächst auch aus der Überzeugung, daß so begründete Lohnkämpfe in enger geistiger Nachbarschaft zu vielfältigen Bemühungen auch anderer Interessenten, ja ganzer Volksteile stehen, sich auf Kosten anderer Vorteile verschaffen zu wollen. Dabei wird in leichtfertiger Weise verkannt, daß jedes geforderte Mehr immer eine größere Leistung voraussetzt. Ein derartiges geradezu kindisch zu nennendes Verhalten gefährdet in illusionistischer Verblendung zuletzt sogar die Grundlagen unseres Fortschritts. Auch hier ist vor allem die Bejahung des Wettbewerbs geeignet, dem Egoismus einen Riegel vorzuschieben. So wie es in einer gesunden Wettbewerbswirtschaft dem einzelnen nicht erlaubt ist, Sondervorteile für sich zu beanspruchen, so ist diese Art der Bereicherung auch ganzen Gruppen zu versagen.

Mein ständiges Drängen, alle Anstrengungen auf eine Expansion ohne Gefährdung der gesunden Grundlage unserer Wirtschaft und Währung zu richten, gründet sich gerade auf die Überzeugung, daß es mir auf solche Weise möglich sein kann, all denen, die ohne eigenes Verschulden wegen Alter, Krankheit oder als Opfer zweier Weltkriege nicht mehr unmittelbar am Produktionsprozeß teilhaben können, einen angemessenen, würdigen Lebensstandard zu garantieren. (...)

DER SCHLÜSSEL ZUR STEUERSENKUNG

Diese Bejahung einer Expansionspolitik wird auch noch unter anderen Gesichtspunkten zu einem zwingenden Gebot. Der realpolitische Betrachter wird akzeptieren müssen, daß der moderne Staat heute Riesenaufgaben zu bewältigen hat. Wenn sicher auch alles getan werden sollte, um eine Einschränkung artfremder Staatsfunktionen zu erreichen - mit dem konsequenten Abbau von Bewirtschaftungs- und Preisvorschriften habe ich meinen Beitrag hierzu geleistet -, so wird man sich doch damit abfinden müssen, daß in der Mitte des 20. Jahrhunderts eine wesentliche Entlastung des Staates nicht sehr wahrscheinlich ist. Andererseits aber wird man das sehr berechtigte Anliegen aller Staatsbürger wie auch der Wirtschaft anerkennen wollen, dennoch zu einer Senkung der steuerlichen Belastung zu gelangen.

Dieses Ziel kann aber auch nur erreicht werden, wenn wir die Staatsausgaben wenigstens auf der gegenwärtigen, ja keineswegs unbeträchtlichen

Höhe zu halten vermögen. Wenn nur dieses gelingt, dann wird in Zukunft die steuerliche Entlastung des Staatsbürgers und der Wirtschaft bei einer weiteren Steigerung des Sozialproduktes gleichwohl als Befreiung spürbar werden. Es eröffnen sich hoffnungsvolle Aspekte! (...).

Mit dieser allgemeinen Wohlstandssteigerung leistet die Wirtschaftspolitik einen gewiß wertvollen Beitrag zu der Demokratisierung Westdeutschlands. Der deutsche Wähler hat anlässlich der Bundestagswahlen diese sehr betonte Absage an den Klassenkampf in überzeugender Weise honoriert.

Wenn sich somit als roter Faden durch jahrelange Bemühungen der Wunsch nach einer Steigerung des allgemeinen Wohlstands und als einzig möglicher Weg zu diesem Ziel der konsequente Ausbau der Wettbewerbswirtschaft zieht, dann schließt diese Wirtschaftspolitik auch eine Erweiterung des Katalogs der traditionellen menschlichen Grundfreiheiten ein.

DIE WIRTSCHAFTLICHEN GRUNDRECHTE

Hierbei ist zuvorderst an die Freiheit jedes Staatsbürgers gedacht, das zu konsumieren, sein Leben so zu gestalten, wie dies im Rahmen der finanziellen Verfügbarkeiten den persönlichen Wünschen und Vorstellungen des einzelnen entspricht. Dieses demokratische Grundrecht der Konsumfreiheit muß seine logische Ergänzung in der Freiheit des Unternehmers finden, das zu produzieren oder zu vertreiben, was er aus den Gegebenheiten des Marktes, d.h. aus den Äußerungen der Bedürfnisse

aller Individuen als notwendig und erfolgversprechend erachtet.

Konsumfreiheit und die Freiheit der wirtschaftlichen Betätigung müssen in dem Bewußtsein jedes Staatsbürgers als unantastbare Grundrechte empfunden werden. Gegen sie zu verstoßen, sollte als ein Attentat auf unsere Gesellschaftsordnung geahndet werden. Demokratie und freie Wirtschaft gehören logisch ebenso zusammen wie Diktatur und Staatswirtschaft.

Die Verwirklichung des Gedankens der Wohlstandsmehrung zwingt zum Verzicht auf jede unredliche Politik, die dem nur optischen Scheinerfolg den Vorzug vor dem echten Fortschritt gibt. Wem dieses Anliegen ernst ist, muß bereit sein, sich jedweden Angriffen auf die Stabilität unserer Währung energisch zu widersetzen. Die soziale Marktwirtschaft ist ohne eine konsequente Politik der Preisstabilität nicht denkbar. Nur diese Politik gewährleistet auch, daß sich nicht einzelne Bevölkerungskreise zu Lasten anderer bereichern.

Solche Versuche haben gerade in jüngster Vergangenheit vielfache Ausprägungen erfahren. Hier seien z. B. die Vereinbarungen der Sozialpartner erwähnt, deren Effekt bereits dahin geführt hat, daß Lohnerhöhungen den Produktivitätsfortschritt übersprungen haben und damit gegen den Grundsatz der Preisstabilität verstoßen. Der gleiche Vorwurf trifft die Unternehmer, wenn sie aus solchem Anlaß oder aus Eigennutz in höhere Preise glauben ausweichen zu können. Die Schuld würde sogar zum Fluch werden, wenn da jemand eine bewußt inflationäre Entwicklung fördern wollte, um auf solche Weise zu leichterem Rückzahlung aufgenommener Kredit befähigt zu werden. Es liegt mir fern, einen solchen Verdacht zu äußern, um so mehr als wohl niemand daran zweifeln kann, daß bereits ein solcher Versuch zur politischen Katastrophe führen müßte.

Die Gewerkschaften sollten sich deshalb auch fragen, ob sie mit ihrer

aktiven Lohnpolitik nicht die Geschäfte verantwortungsloser Spekulanten besorgen, wenn diese zu Preissteigerungen führen muß. (...).

Es sind aber nicht nur ökonomische, sondern auch soziologische und politische Gefahren, die uns von einer solchen Fehlentwicklung her bedrohen müßten. Solche Gedanken konsequent zu Ende gedacht, sollten uns veranlassen, die Währungsstabilität in die Reihe der menschlichen Grundrechte aufzunehmen, auf deren Wahrung durch den Staat jeder Staatsbürger Anspruch hat.

KOSTSPIELIGE PYRRHUSSIEGE

Diese Prinzipien sind indessen nur dann zu verwirklichen, wenn die öffentliche Meinung entschlossen ist, ihnen den Vorrang vor allen egoistischen Sonderinteressen einzuräumen. Es bedarf keiner weiteren Beweise, um zu erkennen, wie sehr die Demokratie durch das Ausspielen und Durchsetzen von Machtpositionen gefährdet ist. Man braucht noch nicht einmal Pessimist zu sein, um zu der Feststellung gelangen zu müssen, daß viele Demokratien sich insoweit in einer ernstesten Krise befinden. Das Problem der Einordnung der organisierten Gruppeninteressen in das Gesamtgefüge von Volk und Staat ist jedenfalls noch lange nicht befriedigend gelöst. Diese also noch nicht bewältigte Aufgabe verleitete in jüngster Zeit in wachsender Zahl immer mehr Gruppen dazu, der Volkswirtschaft im ganzen mehr abzuverlangen, als diese zu leisten und zu geben vermag. Alle so erzielten Erfolge erweisen sich schon heute dem Wissenden als Pyrrhussiege. Jeder einzelne Staatsbürger bezahlt sie in Form leicht ansteigender Preise täglich und stündlich buchstäblich in Mark und Pfennig. (...).

Es ist hohe Zeit, sich im Hinblick auf eine gesicherte Zukunft unseres jungen demokratischen Staates wieder auf den Pfad der Tugend zurückzugeben. In dieser Forderung verschmelzen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik zu einer Einheit. In der Mitte des 20. Jahrhunderts ist das Gedeihen der Wirtschaft auf das engste mit dem Schicksal des Staates verwoben, wie umgekehrt die Anerkennung jeder Regierung und des Staates von dem Erfolg oder Mißerfolg der Wirtschaftspolitik unmittelbar berührt wird. Diese Interdependenz von Politik und Wirtschaft verbietet es, in „Kästchen“ zu denken. So wie sich der Wirtschaftspolitiker dem Leben des demokratischen Staates verpflichtet fühlen muß, hat umgekehrt auch der Politiker die überragende Bedeutung des wirtschaftlichen Seins der Völker anzuerkennen und dementsprechend zu handeln.

Die in der Bundesrepublik praktizierte soziale Marktwirtschaft hat Anspruch darauf, von den Politikern als mitbestimmender und mitgestaltender Faktor bei dem Aufbau unseres demokratischen Staates anerkannt zu werden; diese Wirtschaftspolitik hat in kürzester Frist eine geschichtlich einmalige Wiederaufbauarbeit zu vollbringen vermocht. Es ist ihr nicht nur gelungen, einer um ein Viertel vermehrten Bevölkerung Arbeit und Brot zu geben, sondern diese Menschen auch über das Wohlstandsniveau der besten Vorkriegsjahre hinauszuführen. Die soziale Marktwirtschaft ist den harten aber redlichen Weg des Wiederaufbaues gegangen - aber gerade damit hat sie das Vertrauen der Welt zurückgewonnen.

Hinweis:

Die Rechtschreibung folgt dem Original.

*Quelle: Ludwig Erhard, Wohlstand für Alle. Econ Verlag, Düsseldorf 1964
Seite 7- bis 17.*

Der 1903 in Berlin gegründete Markenverband ist die Spitzenorganisation der deutschen Markenwirtschaft und der größte Verband dieser Art in Europa.

Seine gegenwärtig knapp 400 Mitglieder stehen in Deutschland für einen Markenumsatz im Konsumgüterbereich von über 300 Mrd. Euro und im Dienstleistungsbereich von etwa 200 Mrd. Euro. Sie stammen aus verschiedenen Branchen, so etwa aus den Bereichen Nahrungs- und Genussmittel, pharmazeutische Produkte oder Telekommunikation. Zu den Mitgliedern zählen Beiersdorf, Hugo Boss, Coca-Cola, Deutsche Bank, Deutsche Post, Falke, Miele, Nestlé, Procter & Gamble, Dr. Oetker, Volkswagen und viele weitere renommierte Firmen.

Der Markenverband ist den Ansprechpartnern in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik ein verlässlicher Partner. Ein Partner mit klarem Programm: für ein positives Konsumklima, für transparenten Leistungswettbewerb, für mündige Verbraucher, für den Schutz geistigen Eigentums, für nachhaltiges Wirtschaften. Ein Partner mit fester Stimme in Deutschland und Europa.

www.markenverband.de